



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Heinrich-Böll-Stiftung, Regionalbüro Südkaukasus, Tbilisi

Politischer Jahresbericht 2004/2005

1. REGIONALE ENTWICKLUNGEN, REGIONALE PROBLEME	4
1.1. Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)	4
1.2. BTC	6
1.3. Weitere Transportrouten	7
2. ARMENIEN	8
3. ASERBAIDSCHAN	13
4. BERG-KARABACH	17
5. GEORGIEN	19
5.1. Innenpolitik	19
5.2. Außenpolitik	24
6. ABCHASIEN	27
7. SÜDOSSETIEN	29
8. AUSBLICK	31

Zusammenfassung

Eineinhalb Jahre nach der „Rosenrevolution“ wird die Situation in Georgien geprägt von einer in immer kürzeren Zyklen agierenden, sich gegenüber der sich konsolidierenden Opposition aggressiv gebärenden Regierung von Präsident Saakaschwili. Seine Regierungspraxis entfernt sich zunehmend von den propagierten Idealen einer an rechtsstaatlichen und demokratischen Prozeduren orientierten Politik. Statt von langfristiger Reform und institutioneller Erneuerung wird die innenpolitische Agenda geprägt von permanenten Postenwechseln innerhalb einer kleinen Gruppe von Politikern der Regierungspartei „Nationale Bewegung“ und dem mit hohem publizistischen Begleitaufwand geführten „Kampf gegen die Korruption“. Bislang ausgeblieben sind die versprochenen Reformen zur Dezentralisierung des Staatsaufbaus und zur Einführung der Wählbarkeit von Gouverneuren und Bürgermeisterern der größten Städte. Für den Präsidenten und seine Berater gilt offenbar die Devise, erst durch entschlossene Maßnahmen einer starken Hand den Staat zu einen, organisierte Kriminalität zu bekämpfen, secessionistische Republiken notfalls gewaltsam zu reintegrieren und sich anschließend um die Demokratisierung des nun endlich starken Staates zu kümmern. Dass jedoch gerade durch diese Politik der Machtkonzentration das alte Patronage- und Klientensystem nur modernisiert und verjüngt, aber nicht beseitigt wird, dafür bieten sich im heutigen Georgien zahlreiche Anhaltspunkte. Außenpolitisch hat Georgien im Frühjahr 2005 nach mehrjährigen Verhandlungen den Abzug der russischen Militärbasen bis 2008 durchgesetzt. Das Verhältnis zum nördlichen Nachbarn bleibt angespannt, v.a. wegen der faktischen Annexionspolitik Russlands gegenüber der von Georgien abgespaltenen de-facto-Republik Südossetien.

In Armenien beharren die Oppositionsparteien auf einem Rücktritt des in umstrittenen Wahlen 2003 wiedergewählten Präsidenten Robert Kotscharjan, haben sich aber durch Parlamentsboykott und gescheiterte Mobilisierungsversuche für Massenproteste selbst politisch marginalisiert. Neue Bewegung in die stagnierende politische Situation hat nun die Auseinandersetzung um die vom Europarat geforderten – und schließlich von der Regierung vorgelegten – Verfassungsänderungen gebracht, die eine Reduzierung der präsidentialen Vollmachten vorsehen. Obwohl die Verfassungsänderungen eine Demokratisierung des Institutionengefüges bedeuten würden, ist ihre Annahme im vorgeschriebenen Referendum wegen der Blockadehaltung der Opposition und politischer Apathie in der Bevölkerung

unsicher. Außenpolitisch bemüht sich die armenische Regierung um eine Diversifizierung ihrer Politik; v.a. in den Bereichen Energie- und Sicherheitspolitik wird versucht, Alternativen zur alleinigen Abhängigkeit von Russland aufzubauen. Auf die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei richten sich armenische Hoffnungen auf eine pragmatische Revision der türkischen Kaukasuspolitik. Primär geht es dabei um eine Öffnung der türkisch-armenischen Grenze und damit um die Aufhebung der Ost-West-Blockade Armeniens, sekundär um eine Anerkennung des Genozids 1915 durch die Türkei.

In Aserbaidshan wächst die innenpolitische Spannung im Vorfeld der Parlamentswahlen am 6. November 2005. In den letzten Monaten ist die Regierung von Präsident Ilham Aliev einigen Forderungen des Europarates und der Opposition nachgekommen – Freilassung politischer Gefangener, Änderungen am Wahlgesetz, Zulassung oppositioneller Wahlmanifestationen. Die Opposition hat sich in drei Wahlblöcken formiert und versucht, über die Parlamentswahlen den Weg zurück ins politische Spiel zu finden, aus dem sie nach den Präsidentschaftswahlen 2003 und der an sie anschließenden Repressionswelle weitgehend verdrängt worden war. Wahrscheinlich ist, dass die Regierung ihre Mehrheit im Parlament mit allen Mitteln verteidigen wird, zugleich aber oppositionelle Parteien deutlich stärker repräsentiert sein werden. Viel wird vom Verlauf der Parlamentswahlen und der Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf mögliche Manipulationen abhängen, insbesondere auch, ob die von manchen vorhergesagte gewaltsame Konfrontation zwischen dem Regime und oppositionellen Demonstranten ausbleibt.



Ausblick auf den Ararat

1. Regionale Entwicklungen, regionale Probleme

Wer nach der georgischen „Rosenrevolution“ vom November 2003 größere Demokratisierungsschübe oder gar weitere Revolutionen in der Gesamtregion Südkaukasus erwartet hatte, wird von den Entwicklungen seit dem Sommer 2004 eher enttäuscht. Nicht nur sind in Armenien und Aserbaidschan von manchen prophezeite Regimewechsel ausgeblieben, nein, selbst im „Mutterland der Rosenrevolution“ nagen sogar bei wohlmeinenden Beobachtern Zweifel, ob Georgien durch die Revolution demokratischer geworden ist.

Auch in Bezug auf die regionalen Konflikte um Berg-Karabach, Abchasien und Südossetien sind keine besonderen Durchbrüche bei der Suche nach politischen Lösungen zu vermelden. Allerdings verkennt schon die Erwartung kurzfristiger Umbrüche die Komplexität der Probleme und Konfliktlagen, mit denen sich die südkaukasischen Gesellschaften konfrontiert sehen. Daher sollen in diesem Bericht trotz vieler sehr kritischer Einschätzungen der offiziellen Politik die langfristigen Chancen nicht unerwähnt bleiben, die zwei zentralen Integrationsaufgaben zu bewältigen, die für eine stabile Entwicklung der südkaukasischen Staaten vorrangig sind: demokratische Integration und Wandlung zu Staatsbürgergesellschaften nach innen und regionale Integration zur Überwindung interethnischer Spaltungen und Gewinnung ökonomischer Perspektiven nach außen.

1.1. Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

Im Juni 2004 wurden die drei südkaukasischen Staaten nach langen internen Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb von Rat und Kommission der EU in die „Europäische Nachbarschaftspolitik“ aufgenommen. Damit gehören auch sie nun zur Zielgruppe einer Strategie, mit der die EU ihre Anrainerstaaten, die auf längere Sicht keine realistische Beitrittsperspektive haben, durch das Angebot privilegierter Zugänge zu EU-Binnenmarkt, Reisefreiheit und anderen Vergünstigungen zu politischen und wirtschaftlichen Reformen anhalten und diese durch Expertise und finanzielle Hilfe voranbringen will. Für 2005 steht die Erarbeitung und Aushandlung konkreter nationaler Aktionspläne für die ENP durch nationale Regierungen und EU-Kommission auf der Agenda.

In der Auseinandersetzung mit ENP-Verantwortlichen der EU ist allerdings bis heute spürbar, dass es gegen ein stärkeres und verbindlicheres EU-Engagement im Südkaukasus Widerstände in Brüssel und bei nationalen EU-Regierungen gibt. Noch immer erscheint unklar, ob die ENP gegenüber dem Südkaukasus v.a. als Instrument zur Abwehr weitergehender Integrationswünsche konzipiert wurde und daher möglichst wenig konkret gehalten werden soll oder ob das Ziel gilt, die südkaukasischen Staaten langfristig möglichst nahe an die politischen, rechtlichen und ökonomischen Standards der EU heranzuführen.

Ein stärkeres und verbindlicheres EU-Engagement im Südkaukasus würde v.a. bedeuten, dass die EU in ihren Dokumenten und in den Aussagen ihrer Repräsentanten weitaus schneller und deutlicher Stellung nimmt zu den politischen (Fehl-) Entwicklungen in der Region, als dies bisher der Fall war. Die bisher vorgelegten ENP-Dokumente zum Südkaukasus, hier v.a. die im Frühjahr 2005 veröffentlichten Länderberichte (country reports) der Kommission zum Stand von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Entwicklung sind sehr allgemein und unverbindlich ausgefallen und bieten kaum Anhaltspunkte zur Formulierung konkreter Reformanforderungen.

Aber auch in den südkaukasischen Staaten laufen die ENP-Vorbereitungen bislang nicht so, als wollten die Regierungen dieser Länder die halb ausgestreckte EU-Hand unbedingt ergreifen und das Potenzial ganz ausreizen, dass die ENP für die Annäherung ihrer Länder an die EU und damit vielleicht doch für eine Vollmitgliedschaft in ferner Zukunft birgt. Zwar sind in allen drei Staaten eigens Staatsminister oder Staatssekretäre mit der Aufgabe „EU-Integration“ betraut worden, auch Parlamentskommissionen und interministerielle Arbeitsgruppen beschäftigen sich damit. Doch fehlt diesen Beauftragten und Kommissionen meist die notwendige politische Autorität und das Durchgriffsrecht gegenüber anderen Ministerien, um der „Europa-Agenda“ Vorrang gegenüber anderen, kurzfristigeren oder konkreteren Anliegen zu verschaffen. Auch ist die Kenntnis europäischer Institutionen innerhalb der politischen Eliten gering, und auch in gebildeten Bevölkerungskreisen findet man wenige, die den Unterschied zwischen Europarat und Europäischer Union kennen. Die wenigen engagierten Spezialisten in Regierungen und Zivilgesellschaften, die die ENP im Südkaukasus unbedingt zu einem Erfolg machen wollen, sehen sich daher einer Mischung aus Inkompetenz, passiver Erwartungshaltung und Desinteresse bei der Mehrheit von Regierenden und Regierten gegenüber.

Mittlerweile haben sich in Georgien einige führende Nichtregierungsorganisationen in einem von der Heinrich-Böll-Stiftung und zwei anderen Stiftungen initiierten Programm zusammengeschlossen mit dem Ziel, auf die Ausformulierung und Implementierung eines nationalen ENP-Aktionsplanes Einfluss zu nehmen und diesen als Hebel zur Durchsetzung von Demokratisierungsforderungen gegenüber der eigenen Regierung zu nutzen. In Armenien und – in stark abgeschwächter Form – in Aserbaidschan gibt es ähnliche Bemühungen.

1.2. BTC

Am 10. Mai 2005 wurde im Rahmen einer feierlichen Zeremonie auf dem Sanganchal Öl-Terminal bei Baku das erste Öl in die neu fertig gestellte Pipeline Baku-Tbilisi-Ceyhan (türkischer Mittelmeerhafen) geleitet. Mit diesem unter Federführung von BP realisierten 3-Milliarden-Dollar-Projekt wird eine neue Transportroute für Gas und Öl aus dem Kaspischen Becken auf die westlichen Märkte erschlossen. Über 1,768 km meist bergiges Gelände soll durch die BTC Pipeline zukünftig bis zu einer Million Barrel Öl am Tag von verschiedenen Ölquellen im Kaspischen Meer gepumpt werden.

Unter Umweltgesichtspunkten bis zuletzt umstritten, war v.a. die Routenführung durch den georgischen Nationalpark Borjomi-Karagauli. In diesem erdbebengefährdeten Gebiet liegen die für die Wirtschaft und das Image Georgiens wichtigen Mineralquellen des Borjomi-Gebirges (Borjomi-Mineralwasser ist eines der wichtigsten und bekanntesten Exportgüter Georgiens). Insgesamt jedoch blieb der Protest von Ökologen gegen das Projekt verhalten, wohl auch wegen sehr bewusster und professioneller Öffentlichkeitsarbeit des BTC-Konsortiums und der Förderung zahlreicher Projekte sozialer und technischer Infrastrukturentwicklung entlang der Pipeline-Route. Die meisten mit dem Pipeline-Bau verbundenen, oft von BP selbst finanzierten NGO-Projekte richteten sich auf die Überwachung der Kompensation notwendiger Landenteignungen gegenüber der einheimischen Bevölkerung.

Die Pipeline manifestiert den Ölreichtum Aserbaidschans und zugleich die alleinige Ausrichtung der aserbaidshanschen Ökonomie auf den Rohstoffexport. Für Georgien bleiben die finanziellen Gewinne aus der Durchleitung von Öl und Gas langfristig ohne große gesamtwirtschaftliche Auswirkungen; allerdings brachten die mit dem Pipeline-Bau

verbundenen Infrastrukturinvestitionen der daniederliegenden Volkswirtschaft des Landes einige Prozentpunkte Zuwachs.

Und schließlich befestigt die Pipeline das Interesse des Westens und insbesondere der USA an der Region. Ein Beispiel dafür ist das amerikanische Train- und Equipe-Programm für die georgische Armee als ein Element im Bemühen, Sicherheit und Stabilität für diese wichtige Transportverbindung für Öl und Gas zu gewährleisten.

1.3. Weitere Transportrouten

Angesichts seiner geografischen Lage zwischen Europa und Asien und zwischen Russland und dem Mittleren Osten, aber auch wegen der politischen Gegensätze innerhalb der Region sind Fragen der Wiederherstellung bzw. der Neuentwicklung von Transportrouten im Südkaukasus ein Politikum ersten Ranges. In den vergangenen Monaten wurden v.a. zwei Projekte diskutiert: die Wiederherstellung der durch den Abchasien-Krieg 1992/1993 zerstörten Eisenbahnverbindung von Russland durch das von Georgien abgespaltene Abchasien nach Georgien und von hier nach Armenien und der Bau einer neuen Eisenbahnstrecke vom ostanatolischen Kars durch schwer zugängliches Bergland in der südgeorgischen Region Javachetien nach Tbilisi und von dort nach Baku.

Das erste Projekt ist v.a. für Armenien von größter Bedeutung. Das Land sieht sich seit dem Karabach-Krieg einer Blockade nach Osten (Aserbaidschan) und Westen (Türkei) ausgesetzt und ist daher dringend auf den Ausbau seiner Nord-Süd-Verbindungen, insbesondere zum Bündnispartner Russland angewiesen. Sollte es im Zuge einer pragmatischen Annäherung zwischen den Parteien des Abchasien-Konfliktes tatsächlich zu einer Wiedereröffnung der Eisenbahnverbindung zwischen Russland, Georgien und Armenien kommen, wäre dies auch für Georgien wichtig, da das Land selbst nur über eine einzige, schlecht ausgebaute Straßenverbindung zum nördlichen Nachbarn verfügt (georgische Heerstraße). Die wichtigste und am besten ausgebaute Straßenverbindung zwischen Georgien und Russland führt durch die Konfliktregion Südossetien zum Roki-Tunnel; sie wird aber von der georgischen Regierung nicht kontrolliert und gilt als wichtigste Schmuggelroute des Südkaukasus.

Das zweite Projekt jedoch wird – ähnlich wie die BTC-Pipeline – von Armenien mit Argwohn betrachtet. Eine Eisenbahnverbindung Kars-Tbilisi-Baku würde wie die Pipeline einen Ost-West-Korridor unter Umgehung Armeniens schaffen und wichtige Handelsströme zwischen der Türkei und Zentralasien an dem kleinen Land vorbeiführen. Auch deshalb mehren sich in

Armenien die Stimmen, die eine pragmatische Verbesserung des Verhältnisses mit der Türkei anstreben und im Interesse der Grenzöffnung zur Türkei auch zum bedingten Verzicht auf die Verteidigung einiger prinzipieller Positionen im Verhältnis zum westlichen Nachbarn bereit sind (s. unten).

2. Armenien

Im Vergleich zu Aserbaidschan und Georgien scheint die politische Situation in Armenien auf den ersten Blick zu stagnieren. Das Regime von Präsident Robert Kotscharjan regiert autoritär und nach den international hart kritisierten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2003 ohne anerkannte Legitimation. Die Opposition, vertreten v.a. in dem aus neun verschiedenen Parteien gebildeten Block Haratunjun, hat sich auf eine Strategie der Totalkonfrontation zur Regierung festgelegt und durch ihren seit über einem Jahr andauernden Boykott des Parlamentes selbst aus dem politischen Spiel gebracht. Ihre wiederholten Ankündigungen – zuletzt im Sommer 2004, Kotscharjan durch Massendemonstrationen aus dem Amt zu treiben und damit der „Rosenrevolution“ eine armenische Variante nachzulegen, blieben folgenlos: Die Demonstrationen scheiterten an der mangelnden Mobilisierungskraft der Opposition, dem Fehlen einer charismatischen Führungsfigur und an der sehr harschen, sehr repressiven Reaktion der Regierung auf jeden Versuch, die Infrastruktur der Hauptstadt Jerewan durch Massenproteste zu blockieren.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist – ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau Ende der 90er Jahre – mit nahezu zweistelligen Wachstumsraten stabil. Allerdings werden die wichtigsten wirtschaftlichen Ressourcen von wenigen einflussreichen Clans kontrolliert, deren Anführer meist über ein Parlamentsmandat verfügen. Daneben hat Russland über den halbstaatlichen Konzern RAOEES (Vereinigte Energiesysteme) das Energieversorgungs- und Verteilungssystem Armeniens zu 80% aufgekauft. Auch das größte Aluminiumwerk der Region ist in russischem Besitz, wird aber derzeit von deutschen Investoren modernisiert, die angeblich Interesse am Kauf der Hütte haben.

Trotz dieses relativ statischen Bildes – autoritäres Regime, marginalisierte Opposition, wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Russland – verlaufen derzeit Entwicklungen, die bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen im Jahre 2008 durchaus grundlegende demokratische Veränderungen bewirken könnten:

1. Auf Druck des Europarates und der Europäischen Union hat die Regierung nach mehrjährigem Vorlauf Anfang Juli 2005 Vorschläge für eine Verfassungsreform vorgelegt, die von der Venedig-Kommission des Europarates als sehr positiv bewertet wurden – sie seien „geeignet, eine demokratische Entwicklung Armeniens zu gewährleisten“¹. Im wesentlichen geht es um die Reduzierung der Machtbefugnisse des Präsidenten: So soll zukünftig der Premierminister vom Parlament gewählt werden und ihm rechenschaftspflichtig sein, der (bisher vom Präsidenten ernannte) Bürgermeister von Jerewan soll durch Wahl bestimmt werden, und die Ernennung der Richter des Obersten Gerichtes durch den Präsidenten soll abgeschafft oder eingegrenzt werden.

Mit diesen Verfassungsänderungen würden zwei wichtige Voraussetzungen für das Entstehen eines konstruktiven demokratischen Prozesses geschaffen: Das Parlament, bislang gegenüber der Exekutive weitgehend einflusslos, würde zu einem Ort tatsächlicher politischer Entscheidungsfindung; es würde erstmals ein Ort entstehen, an dem die Regierung regulär zur Rechenschaftslegung verpflichtet wäre. Die Umwandlung des einflussreichen Bürgermeisterpostens von Jerewan in ein Wahlamt könnte zum Anlass für die Neuformierung einer konstruktiven, in das politische System eingebundenen Opposition und zugleich zum Ausgangspunkt einer erfolgversprechenden oppositionellen Kampagne für die Präsidentschaftswahlen 2008 werden.

Für ein derartiges positives Szenario ist es allerdings erforderlich, dass die Verfassungsänderungen in einem Referendum (Mindestbeteiligung 60%) von einer absoluten Mehrheit der Wähler angenommen werden. Sollten sich in der Opposition diejenigen durchsetzen, die einen absoluten Boykott jeder von der Regierung ausgehenden Initiative oder Unterstützung des Referendums mit weiteren, weit über die Forderungen des Europarates hinausgehenden Bedingungen verknüpfen, müsste die Regierung schon all ihre administrativen Ressourcen aufbieten, um ein Scheitern des Referendums zu verhindern. Paradoxerweise hat die Regierung vielleicht gerade an diesem Scheitern Interesse – so könnte sie die Verweigerung demokratischer Reformen der Opposition in die Schuhe schieben und müsste keine Begrenzung der präsidentialen Vollmachten hinnehmen.

¹ Presseerklärung der Venedig-Kommission vom 20.07.2005, s. <http://www.armenialiberty.org/armeniareport/report/en/2005/07/B5B2CC94-C5C0-4E75-92E7-191CADCEB5C3.asp>

2. Seit einigen Jahren betont die armenische Regierung, außenpolitisch einen „multivektoralen“ Kurs zu verfolgen, der neben der Sicherheitspartnerschaft mit Russland die Annäherung an euroatlantische Strukturen, also NATO und EU, vorsieht. In letzter Zeit häufen sich die Anzeichen, dass in Armenien das Interesse wächst, die Teilhabe am Partnership-for-Peace-Programm der NATO und der europäischen Nachbarschaftspolitik tatsächlich zu nutzen, um langfristig über eine Alternative zur „Schutzmacht Russland“ zu verfügen. Ausschlaggebend dafür ist die Wahrnehmung, dass der Einfluss und die Handlungsfähigkeit Russlands im Südkaukasus immer stärker zurückgeht. Mit der Vereinbarung über die Schließung der russischen Militärbasen in Georgien bis 2008 (s. unten) werden voraussichtlich zwar Teile des militärischen Arsenal von diesen Basen nach Armenien verlagert; zugleich wird dieser Abzug aber als deutliche Schwächung der militärischen Position Russlands und damit einer allein an Russland ausgerichteten Position Armeniens wahrgenommen. Armenien ist – mit Belarus, Russland, Kasachstan und Turkmenistan – Mitglied des „Vertrages über kollektive Sicherheit“, doch wird diesem militärischen Verbund einiger GUS-Staaten von verschiedenen Außenpolitikern im informellen Gespräch keine große Bedeutung eingeräumt.
3. Auch energiepolitisch bemüht sich Armenien um eine Diversifizierung seiner Versorgung. Derzeit ist die Stromversorgung des Landes zu über 40% von dem russischen Energiekonzern EES betriebenen, erdbebengefährdeten Atomkraftwerk Medzamor in der Nähe Jerewans abhängig, das nach einer Vereinbarung mit der EU ursprünglich 2006 vom Netz gehen sollte. Auch andere Wasser- und Kohlekraftwerke des Landes befinden sich im russischen Besitz. Ausschließlich bzw. weitgehend von Russland abhängig ist die Versorgung des Landes mit Gas bzw. Öl; sie erfolgt über georgisches Territorium und gilt daher als instabil. In letzter Zeit hat Armenien mehrere Verträge mit anderen internationalen Investoren abgeschlossen, so z.B. mit einem japanischen Unternehmen zum Bau eines großen Wärmekraftwerkes. Geplant sind auch der Neubau bzw. die Modernisierung von Wasserkraftwerken. Besonders bedeutend ist der geplante Bau einer Gaspipeline aus dem Iran nach Armenien. Nach unbestätigten Informationen liegt der armenischen Regierung derzeit schon die Zustimmung der amerikanischen Regierung zum Bau einer Röhre mit begrenztem Durchmesser vor, die für die Gasversorgung Armeniens ausreichend wäre. Angeblich dringen aber Armenien und Iran auf den Bau einer größeren Pipeline, die langfristig zur Transportroute für iranisches Gas nach Westen

ausgebaut werden könnte. Derzeit ist nicht abzusehen, wie sich die zunehmende Distanzierung im Verhältnis Irans zum Westen nach den dortigen Präsidentschaftswahlen und eine mögliche Eskalation der Auseinandersetzungen um das iranische Atomprogramm auf dieses Projekt auswirken.

4. Zentral für eine Erneuerung und Entkrampfung der politischen Situation Armeniens ist eine Entspannung des Verhältnisses zur Türkei. Bis heute bestehen zwischen den beiden Ländern keine diplomatischen Beziehungen; aus Solidarität mit Aserbaidshan im Karabach-Konflikt hält die Türkei die Landverbindungen zu Armenien geschlossen. Armenien wiederum fordert von der Türkei die Anerkennung des Genozids von 1915, ein türkisches Tabu, das auch unter der Regierung Erdogan noch kaum gelockert wurde.

Allein die Tatsache, dass es im Jahr des 90. Jahrestags des armenischen Genozids im Osmanischen Reich nicht zu einer deutlichen Verschlechterung des schwierigen bilateralen Verhältnisses gekommen ist und sich Regierungsvertreter beider Seiten (mit unrühmlichen Ausnahmen²) mit scharfen Äußerungen zurückhalten, kann schon als Beleg dafür gewertet werden, dass ein pragmatisches Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen besteht. In Armenien unterstützen bis auf wenige radikale Nationalisten alle politischen Kräfte eine Öffnung der Grenze zur Türkei; auf türkischer Seite besteht dieses Interesse v.a. in den grenznahen Regionen um Kars, wo sogar eine Unterschriftenaktion zur Öffnung der Grenze organisiert wurde³.

Überwiegend positiv wurde in Armenien die Ernennung der Türkei zum EU-Beitrittskandidaten kommentiert. Zwar besteht die unmissverständliche Erwartung, dass die Türkei bei fortbestehender Genozid-Leugnung niemals EU-Mitglied werden dürfe, zugleich wird jedoch gerade von der türkischen EU-Annäherung auch eine Lockerung dieses für das historische Selbstverständnis der modernen Türkei zentralen Tabus erhofft.

Eher mit Interesse als mit Abwehr wird die Aktivierung der türkischen Südkaukasus-Politik unter Premier Erdogan verfolgt, die zwar Elemente „pantürkischer Expansion nach Zentralasien“⁴ enthält (neue Energie- und Transportkorridore nach Aserbaidshan unter

² Erklärung des türkischen Justizministers Cicek im Mai 2005, in dem er die türkischen Organisatoren einer wissenschaftlichen Konferenz zu den Ereignissen 1915 als „Vaterlandsverräter“ brandmarkte.

³ Organisiert vom Bürgermeister von Kars, wurden über 50.000 Unterschriften gesammelt.

⁴ so ein v.a. im Karabach-Konflikt in Armenien häufig verwendetes Schreckbild pantürkischer Einkreisung

Umgehung Armeniens), sich aber zugleich um die Gewinnung einer etwas neutraleren Position im Karabach-Konflikt und um die Belebung informeller Regierungskontakte zwischen den beiden Ländern bemüht. Noch ist eine wirkliche Annäherung in den zentralen Streitfragen zwischen Armenien und der Türkei, also Genozid und Karabach, nicht zu erkennen. Eine starke Verschlechterung der türkischen EU-Perspektiven und ein nationalistischer Rollback in der Türkei würde sich sicher auch sehr negativ auf das türkisch-armenische Verhältnis auswirken. Doch gibt es auf beiden Seiten ein spürbares pragmatisches Interesse, sich auf dem Weg der Annäherung an die Europäische Union nicht gegenseitig im Wege zu stehen.

Sollten sich zu allen genannten Punkten – innenpolitische Demokratisierung nach Verfassungsreform, Lösung aus der Position eines „russischen Vorpostens“, Diversifizierung der Energieversorgung und Entspannung im Verhältnis zur Türkei – die vorhandenen Potenziale positiv entwickeln, fehlte nur noch der letzte und möglicherweise schwierigste Punkt, um Armenien eine stabile, demokratische Entwicklung vorherzusagen: die Lösung des Karabach-Konflikts und die Normalisierung des Verhältnisses zum östlichen Nachbarn Aserbaidshan.



Am Sewansee, Armenien

3. Aserbaidtschan

Mit der Fertigstellung der BTC-Pipeline scheint Aserbaidtschan nicht nur geografisch, sondern auch geostrategisch und wirtschaftlich auf der Sonnenseite des Kaukasus angekommen zu sein. Vorhergesagt sind – bei anhaltend hohem Ölpreis – eine explosive Zunahme der Öleinnahmen für die kommenden Jahrzehnte. Das Land kann sich stetiger Aufmerksamkeit der westlichen Ölabnehmerstaaten sicher sein, deren Interesse sich auf den Ressourcenreichtum und darauf konzentriert, sich an der Schwelle zum Iran und den Staaten Zentralasiens einen Staat mit überwiegend schiitisch-islamischer Bevölkerung und säkularer, prowestlich ausgerichteter Elite als Partner zu erhalten. Die Hauptstadt Baku empfängt westliche Besucher mit einer Infrastruktur aus modernem Flughafen, Hotels, Restaurants und Luxusgeschäften, die eher an das Ufer des Genfer Sees denn an das des Kaspischen Meeres erinnern. In Baku partizipieren einige Zehntausend an diesem Reichtum, was durch die enorme Dichte neuester Luxuswagen und Jeeps sowie einen riesigen Bauboom unterstrichen wird.

Doch dominiert eineinhalb Jahre nach dem Tod des Langzeitherrschers Heidar Aliev und der Übernahme des Präsidentenamtes durch seinen Sohn Ilham nach gefälschten Wahlen, gewaltsamen Zusammenstößen und Massenverhaftungen Oppositioneller erneut eine starke politische Nervosität, die durch die bevorstehenden Parlamentswahlen am 6. November 2005 hervorgerufen wird.

Anders als Armenien mit Kotscharjan, verfügt Aserbaidtschan in Ilham Aliev über einen jungen, weltgewandten und ausgezeichnet Englisch sprechenden Präsidenten, der keine Mühe hat, sich bei Staatsbesuchen im Westen oder gegenüber Besuchern als moderner Reformler zu präsentieren. Doch steht dieser Präsident einem autoritären System vor, das Zugänge zu Macht und Ressourcen noch immer nach der Zugehörigkeit zu informellen, nach regionalen Prinzipien organisierten Netzwerken (ein beschönigendes Wort für Clan) regelt. Zudem weist sein Land alle Merkmale einer Ölrenten-Ökonomie auf: kaum diversifizierte Wirtschaft, Konzentration des Reichtums in der Hand weniger, massives Wohlstandsgefälle zwischen der Hauptstadt und dem Rest des Landes, grassierende Korruption und Ämterkäuflichkeit, intransparente, autoritäre Herrschaftsform.

Nach Ansicht einiger Beobachter hat Ilham Aliev durchaus Interesse an begrenzten politischen Reformen, die allerdings die soziale und politische Machtverteilung nicht

grundsätzlich zuungunsten der bestehenden Eliten verändern dürfen. Doch fehlen ihm offensichtlich Erfahrung, Autorität und Entschlossenheit, selbst begrenzte Reformvorhaben gegen den Widerstand einflussreicher „grauer Kardinäle“ aus der Entourage seines Vaters durchzusetzen. So wird häufig als eigentlicher Machthaber Aserbaidschans der Leiter der Präsidentialadministration, Razim Mechtiev, genannt.

Ähnlich wie in Armenien ist die Opposition durch repressive Politik der Machthabenden wie durch eigenes Verschulden weitgehend aus den politischen Prozessen ausgeschlossen und marginalisiert. Dieser Ausschluss der Opposition führt wie im Nachbarland zu einer radikalen Polarisierung zwischen den Blöcken, bei der nicht um inhaltliche Fragen, sondern allein um die Rettung des Vaterlandes durch Ausschaltung der jeweils anderen, „landesverräterischen und korrupten“ Seite von der Macht gerungen wird.

Die Gegenüberstellung „Regierung und Opposition“ lässt jedoch meist einen wesentlichen Umstand außer Acht: Beide Blöcke repräsentieren nur einen begrenzten Teil des gesellschaftlichen Spektrums, nämlich v.a. die eher gebildeten, wirtschaftlich relativ abgesicherten und in den allgemeinen Wirtschaftskreislauf integrierten Teile der Bevölkerung von Baku und wenigen anderen, kleineren Städten. Das eigentliche soziale Protestpotenzial Aserbaidschans findet sich unter den wirtschaftlich und politisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen der Vorstädte von Baku und auf dem Land. Hier finden radikale islamistische Richtungen in den letzten Jahren immer stärkeren Zulauf.

Wie schon unter Heidar Aliev, besteht auch unter seinem Sohn die Strategie der Regierung zum Machterhalt in einer des öfteren Freund und Feind verwirrenden Mischung aus Repression, plötzlichen Liberalisierungsschritten, Wahlmanipulationen, Modernisierungsversprechen und erneuter Repression. Dabei können ganz gegenteilige Elemente dieser Strategie durchaus parallel existieren.

In den ersten Monaten der Amtszeit Ilham Alievs dominierte eindeutig die Repression: die Verantwortlichen für die Massenproteste im Oktober 2003 wurden vor Gericht gestellt und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt; widerspenstige Angehörige von Wahlkommissionen, die sich geweigert hatten, gefälschte Protokolle zu unterzeichnen, wurden von ihrer Arbeit entlassen; ein populärer islamischer Reform-Geistlicher, der in seiner in der Altstadt von Baku gelegenen Moschee für liberales und ökumenisches Gedankengut warb und sich der Unterordnung unter den staatlich bestellten Mufti verweigerte, wurde aus seiner Moschee

vertrieben, verhaftet, später aus der Haft entlassen und unter Ausreiseverbot gestellt⁵. Viele Gründungsversuche von Nichtregierungsorganisationen scheiterten an der Verweigerung oder Verschleppung der notwendigen Registrierung, ohne die keine NGO zum Empfang von finanzieller Förderung berechtigt ist.

Zugleich weigerte sich die Regierung, den Forderungen der Opposition und den Empfehlungen des Europarates für eine paritätische Besetzung der regionalen und zentralen Wahlkommissionen im Vorfeld der Parlamentswahlen entgegenzukommen. Schon die Kommunalwahlen im Oktober 2004, bei der 80% der zugelassenen Kandidaten aus den Reihen der Regierungspartei „Neues Aserbaidtschan“ kamen und bei der die Wahlbeteiligung sehr gering ausfiel⁶, hatten gezeigt, wie weit der Weg zu freien und fairen Wahlen in Aserbaidtschan noch ist. Begleitet wurde diese Welle innenpolitischer Repression von erneuten Steigerungen der halbamtlichen antiarmenischen Propaganda im Zusammenhang mit dem Karabach-Konflikt; immer wieder versicherten die Regierenden, entgegen den Verdächtigungen der Opposition, zu keinerlei Kompromiss mit den armenischen Okkupanten in den Kernfragen der territorialen Integrität des Landes und der Zugehörigkeit Berg-Karabachs zu Aserbaidtschan bereit zu sein.

In den letzten Monaten dagegen scheinen eher die liberaleren Seiten des Regimes auf: Auf Drängen des Europarates wurden die meisten der im Herbst 2003 Verhafteten und Verurteilten auf freien Fuß gesetzt, in der Mehrzahl der Fälle wurde die Verurteilungen aufgehoben. Eine Kommission zur Behandlung des Problems politischer Gefangener wurde eingesetzt, in der einige unabhängige Menschenrechtsorganisationen vertreten sind. Einige dosierte Änderungen am Wahlgesetz wurden vorgenommen, ohne jedoch die Kontrolle der Regierung über die Wahlkommissionen in Gefahr zu bringen. Selbst in Bezug auf Berg-Karabach lässt das Außenministerium auf einmal verlauten, dass man in den Verhandlungen einem Kompromiss mit Armenien „so nahe wie nie zuvor“ gekommen sei.

Es scheint der Regierung Aliev v.a. darum zu gehen, sich vor den Parlamentswahlen gegenüber dem Westen als Garant von Stabilität und als die modernere, kompromissbereitere Alternative gegenüber der „radikalen, destruktiven und nationalistischen Opposition“ zu präsentieren. Tatsächlich waren und sind viele Wahlkampfäußerungen von

⁵ Der Fall Ibrahim Ibrahimoglu: <http://www.eurasianet.org/departments/rights/articles/eav070604.shtml>

⁶ Information zu Kommunalwahlen: <http://www.eurasianet.org/departments/insight/articles/eav121604.shtml>

Führungsfiguren der Opposition, v.a. von Isa Gambar, dem Chef der Partei „Musavat“, und Ali Kerimli, Vorsitzender der „Demokratischen Partei“, nicht dazu angetan, bei westlichen Partnern und v.a. Ölinvestoren Hoffnungen auszulösen, dass durch eine Machtübernahme der Opposition eine berechenbare, kompromissbereite und Stabilität garantierende Regierung gebildet werden könnte. Im Wahlkampf vor den Präsidentschaftswahlen 2003 überboten sich Oppositionelle mit Versprechungen, anders als das „von Armeniern unterwanderte Regime“ umgehend die militärische Befreiung Berg-Karabachs und der armenisch besetzten Gebiete in Angriff zu nehmen, die abgeschlossenen internationalen Verträge zur Ölförderung zu „überprüfen“ und sämtliche korrupte Angehörige der bisherigen Regierung ins Gefängnis zu stecken.

Auch wenn sich im anlaufenden Parlamentswahlkampf viele Äußerungen wiederholen, so scheint doch auch die Opposition aus ihrer verheerenden Niederlage bei und v.a. nach den Präsidentschaftswahlen gelernt zu haben. Die wichtigsten Oppositionsparteien haben sich zu drei Wahlblöcken zusammengeschlossen, und statt wie bei früheren Wahlen zum Boykott aufzurufen, konzentriert man sich auf das Ausnutzen der begrenzten Zugänge zu elektronischen Medien, auf regelmäßige Kundgebungen und auf das Werben um internationale Unterstützung. Die meisten Beobachter gehen davon aus, dass die Regierung bei den Parlamentswahlen ihre Mehrheit mit allen Mitteln verteidigen wird, zugleich aber im Unterschied zur bisherigen Situation die Opposition weit sichtbarer als bisher im Parlament vertreten sein wird. Viel wird davon abhängen, wie der Verlauf der Wahlen und die Reaktion der internationalen Gemeinschaft auf mögliche Manipulationen sein werden. Manche sagen gar eine gewaltsame Eskalation für den Fall voraus, dass manipulierte Wahlen wie im Herbst 2003 zur offenen Konfrontation zwischen dem Regime und Demonstranten führen. Möglich ist aber auch der positive Fall, dass eine relativ faire Wahl zur Einbindung der Opposition in das politische System und zur Konsolidierung des Parteiensystems führt. Im allerbesten Fall würden dadurch sogar die innenpolitischen Voraussetzungen für einen Verhandlungskompromiss im Karabach-Konflikt verbessert.

4. Berg-Karabach

Die international angesehene „International Crisis Group“, mit der die Heinrich-Böll-Stiftung im Südkaukasus zusammenarbeitet, veröffentlicht im Herbst 2005 zwei Berichte zum Karabach-Konflikt⁷, deren Perspektiven gegensätzlicher kaum ausfallen könnten.

Im Bericht „The Karabakh conflict – a view from the negotiation table“ werden Gesprächspartner aus den Außenministerien in Jerewan und Baku und aus der Minsk-Gruppe der OSZE zitiert, die die Verhandlungen seit über 10 Jahren leitet. Ihnen allen zufolge besteht Grund zu verhaltenem Optimismus, dass die in strikter Geheimhaltung geführten Verhandlungen auf Ebene der Außenminister und der Präsidenten in absehbarer Zeit zu einem für alle Seiten tragbaren Verhandlungskompromiss führen könnten. Dabei ist allen Beteiligten klar, dass alle möglichen Varianten für einen Verhandlungskompromiss seit Jahren auf dem Tisch liegen und es nicht eine Frage eines neuen, besonders originellen Lösungsmodells als vielmehr eine Frage des politischen Willens bzw. einer Veränderung des Kräftegleichgewichts ist, ob der Status quo tatsächlich zugunsten einer der bestehenden Lösungsvarianten aufgegeben wird. Die derzeit offenbar diskutierte Variante geht von einer schrittweisen Rückgabe der von karabach-armenischen Truppen (mit direkter Unterstützung Armeniens) besetzten aserbaidischen Gebiete aus, die rund 14% aserbaidischen Territoriums (inklusive Berg-Karabach) ausmachen und von Karabach bisher als „Sicherheitszone“ gehalten werden. Zu diesem möglichen Kompromiss gehören internationale Sicherheitsgarantien für Berg-Karabach und die temporäre Stationierung internationaler Truppen zur Absicherung der Flüchtlingsrückkehr in die zurückgegebenen Gebiete, ein besonderer Status für den Berg-Karabach mit Armenien verbindenden Latschin-Korridor sowie die Vertagung der Entscheidung über den Status von Berg-Karabach auf ein Referendum in frühestens 10 Jahren.

Im zweiten Report „The Karabakh conflict – a view from the field“ werden Gegebenheiten geschildert, die jede Erwartung auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes in den nächsten 10-15 Jahren als pure Illusion erscheinen lassen. Die armenische Seite, also die von Armenien unterstützte de-facto-Regierung von Berg-Karabach, hält ca. 14% aserbaidischen Territoriums (inklusive Berg-Karabach) besetzt. In den aus Karabach-

⁷ Drafts vorgestellt bei einem Karabach-Seminar von International Crisis Group, Conciliation Resources und Heinrich-Böll-Stiftung Anfang Juli 2005 in Tbilisi

Sicht „auf ewig armenischen“ Regionen Latschin und Kelbadschar, die außerhalb der Grenzen des früheren Autonomen Gebiets Berg-Karabach liegen und die die Landverbindung nach Armenien sicherstellen, werden armenische Ansiedler von den Karabach-Autoritäten unterstützt. Politiker der Karabach-Seite, an den Verhandlungen nicht beteiligt und ohne jeden direkten Kontakt zum aserbajdschanischen Gegenüber, halten eine Räumung der „Sicherheitszone“ um Karabach für „politisch nicht durchsetzbar“. In Armenien selbst hält die Mehrheit der Bevölkerung den Konflikt längst für (siegreich) entschieden und daher die Suche nach Kompromissen für eher überflüssig.

Im aufgeheizten innenpolitischen Diskurs Aserbajdschans wetteifern Regierung und Opposition darum, jeden Anschein von Nachgiebigkeit gegen die von der eigenen Propaganda als „armenische Terroristen“ gebrandmarkte andere Seite mit martialischen Erklärungen zu zerstreuen, denen zufolge die aserbajdschanische Geduld mit den Okkupanten bald ihre Grenze erreicht habe und man dank des eigenen Ölreichtums mittlerweile eine Armee aufgebaut habe, für die die Rückeroberung des eigenen Territoriums ein Leichtes sei. Kontakte zu den – ja immerhin zu eigenen Staatsbürgern erklärten – Armeniern in Berg-Karabach werden massiv behindert; Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen zum Vertrauensaufbau mit der anderen Seite geächtet. Armenier können (wenn überhaupt) nach Aserbajdschan nur unter massivem Personenschutz einreisen, und auch seltene aserbajdschanische Gäste in Armenien sind zwar kaum offener Aggression ausgesetzt, können sich aber nur mit permanenter Begleitung und Genehmigung durch die Sicherheitsdienste im Land bewegen.

Es ist derzeit nicht auszumalen, wie ein möglicher Verhandlungskompromiss gegenüber derart unvorbereiteten Gesellschaften politisch durchgesetzt werden soll. Da weder in Armenien noch in Aserbajdschan demokratisch ausreichend legitimierte, stabile Regierungen an der Macht sind, könnte eine Protestwelle gegen einen als „Verrat“ empfundenen Kompromiss beide Regierungen hinwegspülen. Schon in der Vergangenheit sind Präsidenten beider Länder willentlich oder unwillentlich daran gescheitert, innenpolitische Unterstützung für am Verhandlungstisch gefundene Lösungen zu organisieren.

Es mag daher durchaus sein, dass die freundlichen Töne am Verhandlungstisch v.a. auf aserbajdschanischer Seite dem Werben um westliche Unterstützung im Vorfeld der Parlamentswahlen im November geschuldet sind. Aber selbst von den Verhandlern der Minsk-Gruppe der OSZE entsteht bei Skeptikern der Eindruck, hier würden in regelmäßigen

Abständen nahe Durchbrüche simuliert, um Interesse und Unterstützung für die Minsk-Gruppe selbst aufrechtzuerhalten. Hoffentlich haben sie Unrecht.

5. Georgien

5.1. Innenpolitik

Wer eineinhalb Jahre nach der „Rosenrevolution“ mit vielen positiven Erwartungen nach Tbilisi kommt, wird auf den ersten Blick nicht enttäuscht. Man rollt über (anlässlich des Besuchs von US-Präsident Bush) neu asphaltierten Straßen vom Flughafen in die Stadt, erfreut sich an den (aus selbem Anlass) in bunten Farben frisch gestrichenen Fassaden, und stellt fest, dass die früher in alten Ladas und Schigulis an den Straßenrändern lungernenden Verkehrspolizisten verschwunden sind und statt dessen durch die ganze Stadt moderne VW Passat mit der englischen Aufschrift „Police“ rollen. Auch in der von vielen schon verloren geglaubten Altstadt wird man Renovierungsarbeiten vorfinden, neue Cafés und Restaurants und in ihnen viele junge und gut gekleidete Menschen.

Später wird einem auffallen, dass noch immer viele alte Menschen in Mülltonnen nach Pfandflaschen und anderem verwertbaren Gut kramen, und man wird erzählt bekommen, dass die Zahl gewaltsamer Überfälle auf Ausländer in der Innenstadt von Tbilisi in letzter Zeit stark zugenommen hat. Und schließlich wird man bei zahlreichen Gesprächspartnern Kopfschütteln ernten auf die hoffnungsvolle Frage, wie sich denn die neue Regierung so mache.

Es gibt viele Gründe dafür, dass in Georgien heute viele meinen, die Regierung sei nur im Bereich der Imagepflege einigermaßen erfolgreich. Einen Aspekt davon bilden sicher die hohen Erwartungen, die an eine Regierung gestellt werden, die unterstützt von Massenprotesten an die Macht kam und deren Präsident nicht müde wird, seinem Volk vom starken, einheitlichen, demokratischen und blühenden Land zu erzählen, in das sich Georgien durch seine Präsidentschaft wandeln wird. Die meisten Gründe liegen jedoch in der Art des Regierens selbst, die sich immer weiter von dem entfernt, was unter transparenter, demokratischer Entscheidungsfindung unter strenger Beachtung rechtsstaatlicher Prozeduren und unter konsequenter Verfolgung einer langfristigen Reformstrategie zu verstehen ist.

Gerade darin aber bestand die Hoffnung, die die treibenden Kräfte der georgischen Zivilgesellschaft und ihre westlichen Unterstützer in das Trio Saakaschwili – Burdschanadze –

Schwania setzten, als diese den Abgang des müden Eduard Schewardnadze erzwangen. Eineinhalb Jahre später ist Surab Swania tot, und Nino Burdschanadze ist zwar Parlamentspräsidentin, doch gilt sie als politisch mittlerweile nahezu einflusslos.

Tod Swanias

Der plötzliche Tod des georgischen Premierministers Surab Swania in der Nacht auf den 5. Februar 2005 bedeutete für die politische Entwicklung Georgiens in zweifacher Hinsicht eine tiefe Zäsur.

Zum einen verschwand mit Surab Swania eine der Schlüsselfiguren der georgischen Politik. Er galt für viele als zentrale Figur der letzten Jahre und als Stabilitätsanker der Regierung von Präsident Saakaschwili. Während letzterer hauptverantwortlich alle Aufgaben übernahm, die sich grob mit der "Wiederherstellung des georgischen Staates" umschreiben lassen (Außen- und Sicherheitspolitik, Politik gegenüber den abgespaltenen Republiken Südossetien und Abchasien, innere Sicherheit, Antikorruptionskampf), erhielt Swania die volle Zuständigkeit für Wirtschaft und Soziales. Damit wurde er, der als hoch kompetent und berechenbar galt, zum wichtigsten Ansprechpartner für alle internationalen Organisationen, die sich für die wirtschaftliche und soziale Umgestaltung und Entwicklung des Landes engagieren. Er übernahm auch die Regie der großangelegten Kampagne zur Privatisierung aller verbliebenen Staatsbetriebe, eine Funktion, die ihm in der letzten Zeit zahlreiche Vorwürfe in Bezug auf Intransparenz, Korruptionsverdacht und Seilschaften eintrug. Vergessen ist auch nicht, dass es v.a. Surab Swania war, der 1999 als Parlamentspräsident die Verantwortung für massive Manipulationen bei der damaligen Parlamentswahl zugunsten von Schewardnadzes „Bürgerunion“ trug.

Zum anderen hatten die mysteriösen Todesumstände Swanias und vor allem die Tatsache, dass sie bis heute nicht befriedigend durch die georgischen Ermittlungsbehörden aufgeklärt wurden, eine massive Verringerung des in die Regierung Saakaschwili gesetzten Vertrauens in der Bevölkerung zur Folge. Gleich nachdem Swania in Begleitung eines jungen Vizegouverneurs tot aufgefunden wurde, traten der Präsident und sein Sicherheitsminister mit z.T. widersprüchlichen Erklärungen über die Todesursache (Vergiftung durch defekten Heizofen) an die Öffentlichkeit. Im Laufe der folgenden Wochen und Monaten wurden immer mehr Ungereimtheiten in der offiziellen Version der Todesumstände Swanias publik; die Spekulationen reichten von der Verschleierung eines homosexuellen Rendezvous bis zu

Mord in Zusammenhang mit verschiedenen Privatisierungsprojekten, bei denen Schwania über maßgebliche Entscheidungsgewalt verfügte. Der Schaden für die politische Kultur war und ist enorm – man stelle sich vor, dass eine neue Regierung, deren junge Protagonisten sich noch eben national und international als Verkörperung einer für die Region völlig neuen Form demokratischen und transparenten Regierungshandelns feiern ließen, nach wenig mehr als einem Jahr von großen Teilen der Gesellschaft verdächtigt wird, in Zusammenhang mit dem Tod ihres Premierministers nicht die Wahrheit zu sagen.

Als Premierminister ersetzt wurde Surab Schwania durch den bisherigen Finanzminister Zurab Noghaideli, einen Fachmann für Wirtschafts- und Finanzfragen mit guten Beziehungen zu internationalen Finanzinstitutionen, dem über diesen engeren Aufgabenbereich hinaus keine gestaltende politische Rolle zukommt.

Tendenzen zum Autoritarismus

Einziges und unbestrittenes Machtzentrum Georgiens ist Präsident Micheil Saakaschwili. Die nach seiner Wahl im Handstreich durchgezogenen Verfassungsänderungen haben seine Macht gegenüber Legislative und Judikative massiv gestärkt. Die versprochenen Reformen zur Dezentralisierung des Staatsaufbaus und zur Einführung der Wählbarkeit von Gouverneuren und Bürgermeistern der größten Städte sind ausgeblieben. Für den Präsident und den immer enger werdenden Zirkel seiner Berater und Vertrauten gilt offenbar die Devise, erst durch entschlossene Maßnahmen einer starken Hand den Staat zu einen, Korruption und organisierte Kriminalität zu bekämpfen, sezessionistische Republiken notfalls gewaltsam zu reintegrieren und sich dann anschließend um die Demokratisierung des nun endlich starken Staates zu kümmern. Dass jedoch gerade durch diese Politik der Machtkonzentration statt Gewaltenteilung und der Verringerung von Partizipations- und Kontrollinstrumenten das alte Patronage- und Klientensystem nur modernisiert und verjüngt, aber nicht beseitigt wird, dafür bieten sich im heutigen Georgien zahlreiche Anhaltspunkte.

Nach der Revolution fanden sich viele junge, teilweise im Westen ausgebildete Juristen, Politologen und Philologen, die sich unter Schewardnadze in Nichtregierungsorganisationen engagiert hatten, auf Abteilungsleiter- und Staatssekretärsstellen in verschiedenen Ministerien und Behörden wieder. Einige wenige von ihnen, v.a. aus dem Umkreis des an amerikanischen Vorbildern ausgerichteten Liberty Institutes, fanden Aufnahme in Saakaschwilis engsten Beraterkreis, so der ehemalige Leiter des Liberty Institutes Giga

Bokeria, heute einflussreichstes Mitglied der Regierungsfraktion, oder der ehemalige Instruktor der Jugend-Protestbewegung Kmara, der bisherige Leiter der Präsidentialadministration und jetzige Bürgermeister von Tbilisi, Gigi Ugulava.

Viele dieser jungen Leute, die über keinerlei Erfahrung der Arbeit in großen Institutionen verfügten, waren mit den Zuständen in den Ministerialapparaten schnell überfordert. An der Spitze der Ministerien standen und stehen ihnen aber nur in den wenigsten Fällen durchsetzungsfähige, politisch einflussreiche und erfahrene MinisterInnen vor, die über eine klare Reformstrategie für ihren jeweiligen Aufgabenbereich verfügen und diese mit voller Rückendeckung des Präsidenten durchsetzen. Die meisten Ministerposten wurden und werden nach dem Prinzip politischer Loyalität zum Präsidenten bzw. des Ausgleichs zwischen dem Saakaschwili-, dem sog. Schwania- und dem kaum mehr vorhandenen Burdschanadze-Lager vergeben. Da diese Lager durch die beschriebenen Ereignisse stark in Bewegung geraten sind und sich der Präsident nur auf einen immer kleineren Kreis absolut verlassen kann, hat man sich schon an zahlreiche Personalrochaden innerhalb der Regierung gewöhnt. So wurde z.B. der Posten des Verteidigungsministers seit der Revolution bereits viermal neu besetzt. Eine kontinuierliche Politik institutioneller Erneuerung kann so nicht entstehen, zumal in der Regel die abgesetzten Minister ihren engsten Vertrautenkreis und die wichtigsten, das jeweilige Ministerium betreffenden Informationen an ihre neue Position mitnehmen.

Eine positive Ausnahme bildet das Bildungsministerium, das seit Beginn der Saakaschwili-Regierung vom ehemaligen Direktor der georgischen Soros-Stiftung, Kacha Lomaia, geleitet wird. Er hat um sich eine Gruppe von Akademikern und Praktikern gesammelt, mit denen er sehr konsequent und gegen zahlreiche Widerstände aus Universität, Kirche und Politik eine Neuorganisation des Bildungssystems von der Elementarschule bis zur Universität versucht. Ein zentrales Element ist die Zentralisierung und Vereinheitlichung von Zulassungsprüfungen zur Universität – bisher ein Feld nahezu unbegrenzter Korruption und Erpressung. Den ersten Test haben die Bildungsreformer bestanden – die Examensprüfungen verliefen in diesem Jahr nach dem Urteil kritischer Beobachter organisiert und transparent. Im Bereich der Universitätsreform stoßen die Bildungsreformer auf den stärksten Widerstand – zum einen, weil v.a. die staatliche Universität Tbilisi in Georgien als nahezu sakrosankter Ort nationalen Bildungsgutes gilt, zum zweiten, weil diese und andere Universitäten in den 90er Jahren in einem Sumpf korrumpierter Desorganisation versunken sind, und zum dritten, weil die am

Beispiel des US-amerikanischen Systems ausgerichteten Konzepte für den Studienaufbau unter den georgischen Bedingungen nicht greifen können.

Die jüngste personalpolitische Entscheidung von Präsident Saakaschwili steht in Verbindung mit den Auseinandersetzungen um die vor der Revolution von ihm geforderte Direktwahl des Bürgermeisters von Tbilisi. Wie in den anderen südkaukasischen Hauptstädten, wurde dieser Posten bisher nicht per Wahl, sondern durch präsidiale Ernennung vergeben. Nach seiner Wahl zum Präsidenten ernannte Saakaschwili Surab Tschiberaschwili, als Leiter der NGO Fair Elections eine der Schlüsselfiguren der Revolution, zum Bürgermeister. Obwohl sich dieser im Laufe eines Jahres trotz zahlreicher kontroverser Entscheidungen als ein Stadtoberhaupt profiliert hatte, das tatsächlich die Belange der Stadt in das Zentrum seiner Arbeit stellte, wurde er Anfang Juli plötzlich ersetzt durch den erst zwei Monate zuvor berufenen Leiter der Präsidialadministration, Gigi Ugulava. Als Grund wird vermutet, dass sich Tschiberaschwili zu unabhängig gebärdete und sich nicht in die „Mannschaft“ einordnete, auf die der Präsident seine Macht stützt. Zugleich wurde, gegen starken Widerstand der Oppositionsfraktionen und öffentliche Proteste, die versprochene Einführung der Direktwahl des Bürgermeisters per Gesetz durch die indirekte Wahl durch das Stadtparlament ersetzt. Besondere Empörung rief das eigens für Tbilisi eingeführte Wahlgesetz hervor, demzufolge für die Wahlen zum Stadtparlament zukünftig nur Parteien antreten dürfen. Erhält eine Partei in einem Stadtbezirk die relative Mehrheit der Stimmen, fallen ihr nach dem Prinzip „the winner takes it all“ automatisch alle in diesem Stadtbezirk zu vergebenden Mandate zu, selbst wenn ihr Vorsprung nur einen halben Prozentpunkt betragen sollte. Damit sinken die Chancen der gegenüber Saakaschwilis „Nationaler Bewegung“ über weitaus weniger Ressourcen verfügenden Oppositionsparteien stark, die voraussichtlich im Frühjahr 2006 stattfindenden Kommunalwahlen für den Aufbau eines institutionellen Gegengewichts zur Regierungsmacht zu nutzen.

Dennoch gibt es Gründe für Optimismus in Bezug auf die georgische Situation. Georgien verfügt über die am stärksten entwickelte und freieste Zivilgesellschaft des Südkaukasus, und manche Nichtregierungsorganisationen erholen sich mittlerweile davon, nach der Revolution zeitweise in eine zu enge Liaison mit „ihrer Regierung“ gerutscht zu sein. Im Parlament bestehen mittlerweile zwei Oppositionsfraktionen: Neben der Fraktion der als einzige Partei neben Saakaschwilis „Nationaler Bewegung“ bei den Wahlen im Frühjahr 2004 ins Parlament gekommenen „Neuen Rechten / Industrialisten“ sind mittlerweile auch die zunächst nur mit

einzelnen direkt gewählten Abgeordneten vertretenen „Republikaner“ durch Übertritte anderer Abgeordneter zu Fraktionsstärke gereift. Bei den Republikanern handelt es sich um eine kleine liberale Partei, die von einigen Dissidenten schon 1978 gegründet wurde und einige der wichtigsten Köpfe der georgischen Zivilgesellschaft in ihren Reihen versammelt. Bisher eher eine Art intellektueller politischer Salon, bemühen sich die Republikaner nun nach Wahl einer neuen Parteiführung um den Aufbau einer Programmpartei nach westeuropäischem Muster. Sollte ihnen das gelingen, wären die Republikaner die erste Partei im Südkaukasus, die mehr ist als eine von oben gegründete Kadergruppe zur Rekrutierung des Trosses für ein oder zwei mehr oder weniger charismatische Führungspersonen, die ihr „eigentliches Netzwerk“ außerhalb der Statuten und Programme einer Partei organisieren. Dies wird offenbar auch von Saakaschwilis Regierungspartei, der „Nationalen Bewegung“ als ernsthafte Bedrohung angesehen. So wurde eigens vor Nachwahlen in einigen Direktwahlkreisen für Adscharien das Wahlgesetz geändert, um den Wahlerfolg der dort stark vertretenen Republikaner zu verhindern. Ihre Kandidaten wurden, da auch Mitglieder im Stadtrat von Batumi bzw. im Parlament der Autonomen Republik, nach der entsprechenden Wahlrechtsänderung nicht zu den Wahlen zugelassen.

5.2. Außenpolitik

Die weitaus stärkste Zustimmung erntet Präsident Saakaschwili für seine Außenpolitik. Im ersten Halbjahr 2005 schlugen zwei (aus georgischer Sicht) große Erfolge zu Buche: Der Besuch von US-Präsident George W. Bush im Mai und die Vereinbarung über den Abzug der russischen Militärbasen bis 2008.

Der symbolische Bush-Besuch einen Tag nach den Moskauer Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag des Kriegsendes bedeutete einen Triumph für die Image-Politik Saakaschwilis, den dieser auch weidlich ausschlachtete. Der Tag des Besuchs wurde national zum arbeitsfreien Tag erklärt, und so flanierten am Besuchstag viele Zehntausende durch die innerhalb weniger Wochen neu gestrichene Innenstadt von Tbilisi. Vor einer gewaltigen Menschenmasse auf dem Freiheitsplatz erblickte George W. Bush in Georgien das „Leuchtfeuer der Demokratie“ und den „Hort der Freiheit“; Georgien habe mit seinem Freiheitswillen andere Völker wie die Ukrainer und die Kirgisen angesteckt.

In der Substanz bedeutete der Bush-Besuch tatsächlich eine Zäsur: Deutlich wie nie zuvor machten die Amerikaner klar, dass sie sich langfristig in Georgien und im Südkaukasus

engagieren wollen und diese Region aus Ressourcen- und Sicherheitsgründen (Nähe zum Mittleren Osten) als Teil ihrer Interessensphäre begreifen. Wie drei Tage zuvor bei seinem Besuch im Baltikum, enthielt auch der Georgien-Besuch zugleich die unzweideutige Botschaft an Moskau: „Dies ist nicht mehr Euer Territorium!“

Unterhalb dieser globalen Botschaft brachte der Besuch aber für Georgien zunächst keine konkreten Ergebnisse, weder in Bezug auf die Lösung der Konflikte mit denen von Moskau unterstützten secessionistischen Republiken Abchasien und Südossetien noch in Bezug auf den von Georgien angestrebten Beitritt zur NATO. Am wichtigsten war wohl die Unterstützung und möglicherweise Vermittlung von Bush in der Frage des Abzugs der zwei verbliebenen russischen Militärbasen aus Georgien.

In dieser Frage wurde nach jahrelangem Tauziehen und massiven Propagandaschlachten Anfang Juni 2005 endlich eine zumindest vorläufig tragfähige Verhandlungslösung gefunden. Bereits auf dem Istanbul OSZE-Gipfel 1999 hatte Russland die „zügige Aufnahme von Verhandlungen über den Abzug seiner Truppen und die Schließung seiner Basen in Georgien“ zugesagt. Im Zuge der stetigen Verschlechterung der georgisch-russischen Beziehungen in den Folgejahren nutzte Moskau diese für das Selbstverständnis des unabhängigen Georgien zentrale Frage, um ständig neue politische und finanzielle Forderungen nachzulegen und die für den Abzug angeblich notwendige Frist einige Male gar auf fantastische 20 Jahre auszudehnen. Besonders betont wurde immer wieder die Bedeutung der im armenisch besiedelten Dschawachetien gelegenen Basis in Achalkalaki, deren Abzug angesichts ihrer wirtschaftlichen Bedeutung für die Region „mit Sicherheit massive Unruhen unter der nichtgeorgischen Bevölkerung auslösen“ würde. Die zweite, in der adscharischen Hauptstadt Batumi gelegene Basis hatte schon 2004 nach der Absetzung des Provinzautokraten Abaschide und der faktischen Wiedereingliederung Adschariens in den georgischen Staat diesen „separatistischen Subtext“ verloren.

Nachdem Georgien seit dem Machtantritt Saakaschwilis alle internationalen Foren genutzt hatte, um in dieser Frage internationale Unterstützung gegen Moskau zu organisieren, verabschiedete das georgische Parlament im März 2005 eine EntschlieÙung, der zufolge die Regierung aufgefordert wurde, die russischen Basen für illegal zu erklären und russischen Militärangehörigen zukünftig die Einreise nach Georgien zu verweigern, sollte nicht bis Ende Mai 2005 eine Vereinbarung über den Truppenabzug erreicht worden sein. Trotz der empörten Zurückweisung dieser EntschlieÙung durch die russische Seite verfehlte sie in

Moskau offenbar nicht ihre Wirkung. Am 30.05.2005 wurde von den Außenministern Sergej Lavrov und Salome Surabischwili eine Vereinbarung unterzeichnet, die den Abzug der russischen Militärbasen bis Ende 2008 vorsieht. Georgische Gegenleistung: Finanzierung des Abzugs mit Hilfe internationaler Geber und Einrichtung so genannter „Antiterrorzentren“ an den Standorten der alten Basen. Dieser zweite Punkt, bisher zumindest öffentlich kaum konkretisiert, könnte sich zum veritablen Streitgegenstand entwickeln: nach russischer Vorstellung sollen diese Zentren ausschließlich von Russen und Georgien besetzt werden; den russischen Spezialisten soll dabei die Zuständigkeit für die gesamtkaukasische Region eingeräumt werden, während sich die georgischen Antiterror-Kämpfer nur auf ihr eigenes Territorium begrenzen sollen. Die Georgier würden gerne auch US-Spezialisten hinzuziehen und sehen nicht ein, warum für georgische Spezialisten die Terroristenverfolgung automatisch an der Grenze zu Russland beendet sein soll. Man kann also mit Sicherheit davon ausgehen, dass der Streit um Truppenabzug und Antiterrorzentren trotz Vereinbarung noch lange nicht ausgestanden ist.



Altstadt von Tbilisi

6. Abchasien

Nicht nur in Georgien, auch im von Georgien seit 10 Jahren abgespaltenen und in einem fragilen Waffenstillstand befindlichen Abchasien fanden 2004/5 wesentliche politische Veränderungen statt, die mittelfristig Auswirkungen auf den Konfliktlösungsprozess haben werden. Der „Gründungspräsident“ und „Übervater“ des de facto-Staates Abchasien, Vladislav Ardzinba, der seit mehreren Jahren wegen einer schweren Erkrankung nicht mehr an die Öffentlichkeit getreten war, konnte nach der abchasischen Verfassung nicht für eine dritte Wahlperiode kandidieren. Damit ging für Abchasien eine Epoche zu Ende, weil mit Ardzinba nicht nur seine Rolle als siegreicher Feldherr im Abchasien-Krieg und seine insgesamt unversöhnliche Haltung gegenüber Georgien verbunden waren, sondern auch ein Klientelsystem, in dessen Rahmen die raren Zugänge zu Reichtum und Ressourcen in Abchasien zugeordnet waren.

Als Nachfolger hatte sich Ardzinba, in enger Abstimmung mit dem Kreml in Moskau, seinen Premierminister Khadschimba auserkoren. Gegen diese Erbfolgeregelung regte sich in Abchasien seit zwei Jahren organisierter Widerstand, bei dem insbesondere die nicht zahlreichen, doch hoch qualifizierten Nichtregierungsorganisationen und einige Journalisten eine wichtige Rolle spielten. So kam es Anfang Oktober 2004 zu relativ demokratischen Wahlen, bei denen dem Regierungskandidaten Khadschimba mehrere Oppositionskandidaten gegenüberstanden, unter ihnen der in Abchasien als erfolgreicher, ehrlicher Geschäftsmann populäre Sergej Bagapsch. Bis Ende September rechnete allerdings niemand mit einer Niederlage Khadshimbas, da die offene Unterstützung der russischen „Garantiemacht“ für Khadshimba als ausschlaggebender Bonus angesehen wurde. Erst als ausgerechnet am in Abchasien als „Unabhängigkeitstag“ begangenen Jahrestag des Sieges im Abchasienkrieg auf der zentralen Kundgebung russische Redner, unter ihnen Vladimir Schirinowksi, den Abchasen mit Boykott drohten, sollten sie nicht für den von Moskau favorisierten Kandidaten stimmen, wendete sich plötzlich das Blatt. Die Mehrheit der von diesen Auftritten zutiefst gekränkten und angewiderten Abchasen gab ihre Stimme dem Oppositionskandidaten Bagapsch.

Sein von der zentralen Wahlkommission verkündeter Wahlsieg wurde aber vom unterlegenen Regierungskandidaten nicht anerkannt; ja nun beschuldigte die Regierung die Opposition der massiven Wahlfälschung. Was folgte, war ein zweimonatiges Tauziehen mit zahlreichen

Demonstrationen, die bis zu handgreiflichen Auseinandersetzungen führten, denen eine Demonstrantin zum Opfer fiel. Schockiert waren die Abchasen, als ihre russische „Schutzmacht“ zu Verhinderung der Amtseinführung des siegreichen Bagapsch einen Boykott verhängte und die Grenze zu Abchasien schloss. Damit traf sie zur Zeit der Mandarinenernte v.a. die ländliche Bevölkerung hart, die vom Export ihrer Produkte nach Russland lebt. Schließlich reisten aus Moskau der stellvertretende Generalstaatsanwalt und ein stellvertretender Parlamentsvorsitzender „als Privatpersonen“ an, um „zwischen den Parteien zu vermitteln“. Ergebnis: Eine Wiederholung der Wahlen Ende Dezember, bei der die beiden Kontrahenten gemeinsam in einem Block antraten; der siegreiche Bagapsch als Präsidentschaftskandidat, sein unterlegener Opponent als Vizepräsidentschaftskandidat. In einer mit den Moskauern ausgehandelten Vereinbarung wurde dabei die weitgehende Zuständigkeit des Vizepräsidenten für die „Machtministerien“ Innen, Außen und Verteidigung festgelegt.

Kaum beachtet im Westen, hat die russische Politik gegenüber dem „nahen Ausland“ mit dem Wahlsieg von Bagapsch in der ersten Runde bereits vor den Ereignissen in der Ukraine einen enormen Prestigeschaden erlitten. Der vor den Wahlen eigens von Putin empfangene Khadschimba wurde von den Abchasen abgelehnt, obwohl dort insgesamt die Notwendigkeit einer engen außenpolitischen Anlehnung an Russland zum Erhalt der Unabhängigkeit von Georgien als gesellschaftlicher Konsens gilt. Noch stärker diskreditiert hat sich Russland durch die grobe und unverhohlene Einmischung, um die Umsetzung des nicht genehmen Wahlausgangs zu verhindern. Damit werden in der zahlenmäßig kleinen abchasischen Gesellschaft Positionen gestärkt, die vor einem zu engen Vasallentum gegenüber Russland warnen und keine pro-georgische, aber eine „pro-abchasische“ Politik der Eigenständigkeit auch gegenüber Russland vertreten.

In Abchasien haben die Ereignisse um die Wahl eine tiefe innergesellschaftliche Spaltung zwischen Anhängern des alten Regimes und Befürwortern einer politischen und personellen Erneuerung hervorgerufen, die quer durch die familiären Netzwerke dieser sehr kleinen Gesellschaft verläuft. So schmerzhaft dieser Prozess daher auch empfunden wird, kann er mittelfristig die positive Folge haben, dass sich organisierte politische Lager bzw. Parteien herausbilden, die in der politischen Auseinandersetzung um unterschiedliche Optionen für die Weiterentwicklung Abchasiens ringen.

Derzeit jedoch ist der Spielraum der neuen Regierung denkbar gering: Obwohl im persönlichen Gespräch von führenden Repräsentanten sehr pragmatische Positionen für den Umgang mit Georgien geäußert werden und man den westlichen Besucher versichert, nur aus Mangel an Alternativen in einer derart engen Verbindung zu Russland zu stehen, muss nach außen die absolute Bündnistreue und die unbedingte Kompromisslosigkeit gegenüber Georgien in Statusfragen demonstriert werden. Nach Aussagen aus Regierungskreisen gegenüber dem Autor dieses Berichtes ist der Druck, der durch die mit dem alten Regime verbündeten Kreise des russischen Geheimdienstes FSB auf die neue Regierung ausgeübt wird, enorm. Doch auch ohne diesen Druck ist eine grundsätzliche Bereitschaft zum Umdenken in der Grundsatzfrage der Unabhängigkeit weder unter der politischen Elite noch in breiteren Kreisen der Bevölkerung Abchasiens zu erkennen. Nur jenseits dieser Statusfrage scheint sich im Verhältnis zu Georgien derzeit eine leichte Entspannung anzudeuten, da die Regierung Saakaschwili sich in Bezug auf die politischen Ereignisse in Abchasien bislang klug zurückgehalten hat. Im Grunde räumt die georgische Regierung trotz der permanenten Rede von der „Wiederherstellung territorialer Integrität“ einer eigenen Abchasien-Politik (die sich auf langjährige Vorarbeiten aus zivilgesellschaftlichen Dialogprojekten stützen könnte) keine Priorität ein. Widersprüchlichkeit bestimmt das Bild – pragmatische Annäherungen in der Frage der Wiedereröffnung der russisch-georgischen Eisenbahnverbindung durch Abchasien oder der Sicherheitsgarantien für in den abchasischen Gali-Bezirk zurückgekehrte georgische Flüchtlinge werden durch aggressive Erklärungen und Aktionen (zuletzt die Aufbringung eines mit humanitären Gütern beladenen türkischen Frachters auf dem Weg nach Abchasien) konterkariert. Für einen stabilen Vertrauensaufbau und die Überbrückung des Grabens zwischen den am Konflikt beteiligten Gesellschaften wären von beiden Seiten Schritte erforderlich, zu denen diesen Einsicht und Courage fehlt: Von abchasischer Seite eine Hinwendung zu den aus Abchasien geflohenen bzw. vertriebenen Georgiern, und von Georgien ein grundsätzlicher Gewaltverzicht, die offizielle Entschuldigung für den militärischen Einfall im Jahr 1992 und die Aufhebung der Blockade Abchasiens.

7. Südossetien

Auch für die Entwicklung des Konfliktes zwischen Georgien und der sezessionistischen Republik Südossetien brachte das Jahr 2004 einschneidende Veränderungen, allerdings nur

in negativer Richtung. In der irrigen Annahme, nach der überraschend schnellen Wiedergewinnung der zentralstaatlichen Kontrolle über Adscharien lasse sich ein ähnliches Szenario auch in Südossetien wiederholen, demonstrierte die neue georgische Führung ihre Konzeptlosigkeit und völliges Unverständnis der ethnopolitischen Konflikte in Abchasien und Südossetien, deren Ursache nicht zuletzt in dem ethnozentristischen georgischen Nationalismus der achtziger und neunziger Jahre und der Diskriminierung der nichtgeorgischen Minderheiten liegen.

Während die Schließung des Schmuggel-Großmarktes an der Demarkationslinie zwischen Südossetien und Georgien durch georgische Behörden im Mai 2004 noch als überlegter rationaler Schritt gelten konnte, verstrickte sich die georgische Regierung in den Folgemonaten in eine chaotische Politik aus „Zuckerbrot“ (schlecht organisierte und propagandistisch ausgeschlachtete Lieferungen von Mehl und Düngemitteln) und „Peitsche“ (Truppenaufmärsche, unüberlegte „Polizeiaktionen“ zum „Schutz“ der in Südossetien gelegenen georgischen Dörfer, Aufbau von Straßensperren etc.). Dies führte im August beinahe zum vollständigen Wiederaufflammen des Krieges; Resultat waren wochenlange Schusswechsel mit 27 getöteten Soldaten auf georgischer und eine unbekannte Anzahl von Opfern auf südossetischer Seite. Die Eskalation wurde auf russischen und amerikanischen Druck hin beendet durch den von Saakaschwili angeordneten Rückzug der vom einflussreichsten „Falken“ in der Regierung geführten Truppen des Innenministeriums, des damaligen Innen- und heutigen Verteidigungsministers Irakli Okruaschwili⁸.

Politisches Ergebnis der Ereignisse ist die Zerstörung der in den letzten Jahren gewachsenen informellen Verständigungskanäle und die Blockade der Kommunikationswege zwischen dem nur zwei Stunden von Tbilisi entfernten Südossetien und Georgien. Galt noch vor einem Jahr der Südossetien-Konflikt als der am leichtesten zu lösende Konflikt im Südkaukasus, so sind nach dem Sommer 2004 die Gesellschaften auf beiden Seiten wieder gegeneinander in Position gebracht; die Projektarbeit internationaler Organisation in Südossetien ist – durch die Blockade der freien Reisemöglichkeiten und die strenge Kontrolle durch das autoritäre südossetische Regime, das sich nach den Ereignissen nie gekannter Popularität unter der eigenen Bevölkerung erfreut, auf absehbare Zeit vereitelt.

⁸ Präsident Saakaschwili hat Okruaschwili öffentlich als seinen „Schlüsselminister für die Wiederherstellung der territorialen Integrität“ bezeichnet.

Damit hat sich die Regierung Saakaschwili ohne Not die schlechtesten Voraussetzungen geschaffen für eine friedliche Etappenlösung, wie sie der Präsident seit seinem Auftritt vor dem Europarat im Januar 2005 in seinem „Friedensplan für Südossetien“ propagiert. Während die Umgebung des Präsidenten von westlichen Organisationen organisierte Möglichkeiten zum informellen Austausch mit der südossetischen Seite boykottiert⁹, kündigt Saakaschwili die Wiederherstellung und sogar Aufwertung der Autonomie Südossetiens im georgischen Staatsverband, die Restitution von Besitzansprüchen vertriebener Osseten, die Einrichtung eines südossetischen Zeitfensters in den zentralen Fernsehkanälen und andere, bisher nie da gewesene Autonomierechte an. Damit stößt er auf Interesse bei Internationalen und Abwehr bei georgischen Nationalisten, aber auf demonstrativ taube Ohren in Südossetien, wo man den Anschluss an Russland und damit die „Wiedervereinigung“ mit den Brüdern und Schwestern in Nordossetien zum Ziel der Politik erklärt. Wie sehr Russland in der Tat mit der de-Fakto-Annexion Südossetiens schon vorangeschritten ist, macht die kürzliche Ernennung eines russischen Ölindustriellen aus der westsibirischen Stadt Tomsk zum südossetischen Premierminister deutlich. Dennoch ist es unwahrscheinlich, dass sich Russland nachhaltig für Südossetien engagiert, sollte tatsächlich auf internationaler Ebene eine attraktive Kompensation für ein Loslassen dieses gegen Georgien eingesetzten Hebels gefunden werden.

Im Sommer 2005 scheint ein Wiederaufflammen militärischer Auseinandersetzungen noch immer wahrscheinlicher als eine baldige friedliche Beilegung des Konfliktes und eine Wiedereingliederung Südossetiens als Autonome Republik innerhalb Georgiens.

8. Ausblick

Im zweiten Halbjahr 2005 werden einige für die weitere Entwicklung der Region sehr wichtige Fragen entschieden:

- Wie verlaufen die Parlamentswahlen in Aserbaidschan am 6. November? Findet eine konsolidierte Opposition nach relativ fairen Wahlen angemessene Vertretung im Parlament und damit den Rückweg in das politische System des Landes, oder kommt es

⁹ Das Londoner Institute for International Security Studies organisierte mehrere informelle georgisch-südossetische Treffen, zu denen jeweils auch engere Berater Saakaschwilis eingeladen waren, die ihre Teilnahme (offenbar auf Druck des Präsidenten) jeweils zurückzogen.

nach manipulierten Wahlen zu Massenprotesten und möglicherweise gar gewaltsamen Auseinandersetzungen?

- Werden die Änderungen der armenischen Verfassung, die eine Beschneidung der Vollmachten des Präsidenten vorsehen, in einem Referendum mit Unterstützung der Opposition angenommen, oder vertieft der mögliche Boykott des Referendums die innenpolitische Spaltung und Stagnation im Lande?
- Kommen die Parteien des Karabach-Konfliktes nach den aserbaidischen Wahlen tatsächlich zu einem schon mehrfach angekündigten Verhandlungskompromiss, oder erweisen sich alle optimistischen Äußerungen als politische Rhetorik angesichts der tiefen Spaltung zwischen Armeniern und Aserbaidischern?
- Kommt es zur erneuten militärischen Eskalation um Südossetien, oder bleibt die georgische Regierung trotz südossetischer Verweigerung der Umsetzung ihres „Friedensplans“ treu?
- Wie konkret, wie überprüfbar fallen die zwischen der Europäischen Kommission und den südkaukasischen Regierungen ausgehandelten „Nationalen Aktionspläne“ für die Europäische Nachbarschaftspolitik aus? Wird die ENP im Südkaukasus durch sie tatsächlich zu mehr als einem Papiertiger?

Walter Kaufmann, Tbilisi, im Juli 2005